

Nachhaltige EU-Landwirtschaft 2030

# Farm to Fork: 50 % weniger Pflanzenschutz, 20% weniger Dünger bis 2030!

Die EU-Landwirtschaft steht vor einem Gezeitenwechsel. Eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion soll bis 2030 erreicht werden. 27 Ziele nennen die "Farm to Fork"- und die Biodiversitätsstrategie.

20.05.2020 von



Thomas  
A.  
Friedrich



*Die Farm to Fork Strategie der EU-Kommission stellt hohe Ansprüche an den Umbau der europäischen Landwirtschaft bis 2030 (Bildquelle: eu-kommission)*

Der Antibiotikaeinsatz und der Eintrag von Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft sollen bis Ende des Jahrzehnt halbiert werden. Die Flächen für den ökologischen Landbau sollen auf 25 Prozent ausgeweitet werden und der chemische Düngemiteleintrag um 20 Prozent bis 2030 reduziert werden. Dies sind die Eckpunkte der von der EU-Kommission am Mittwochmittag vorgestellten Strategie "Vom Hof zum Teller" und der EU-Biodiversitäts-Strategie.

## **Timmermans: "Eine nachhaltige Landwirtschaft ist vom Pestizideinsatz abhängig"**

"Wenn wir unsere Natur weiter zerstören und die Bestäuber nicht wieder zurückholen, drohen eine Million Arten auf der Erde zu verschwinden", sagte der Vizekommissionspräsident Frans Timmermans. Die Strategie für mehr Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion sei nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein wirtschaftliches Muss.

Die "Vom Hof auf den Teller" Strategie verfolge das Ziel einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion. "Eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion ist abhängig von Pestizideinsatz in der Landwirtschaft", unterstrich Timmermans. Daher lege die Kommission ehrgeizige Ziele vor.

"Wir wollen den Pestizideinsatz drastisch verringern. Ich kann verstehen, dass es dazu Bedenken gibt", räumte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides ein. Sie forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, bei der Schädlingsbekämpfung in Kulturen stärker innovative neue Technologien einzusetzen.

## **Auch Gülle und tierischer Dung sollen in Reduktionsziele bis 2030 einbezogen werden**

Tierische Gülle und Dung wird bei der Düngereduzierung eingerechnet, gehört also nach Vorstellung der EU-Kommission ebenso zu den Reduktionszielen bis 2030.

Gleichzeitig kündigte die EU-Gesundheitskommissarin an, dass der Einsatz von Antibiotika in der Tiermast bis 2030 halbiert werden solle. Jährlich 33.000 Tote in der EU, die auf Antibiotikaresistenzen zurückzuführen seien und in direktem Zusammenhang mit dem hohen Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft stünden, seien in Zukunft nicht mehr hinnehmbar, unterstrich die Ärztin und EU-Gesundheitskommissarin Kyriakides.

Die für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissarin kündigte gleichzeitig an, dass die Kennzeichnungspflichten für nachhaltige Lebensmittel und Genveränderte Pflanzen sowie Nahrungsmittel überarbeitet werden sollen.

## **Neue Technologien in der Pflanzenzüchtung sollen auf den Prüfstand**

"Genveränderte Lebensmittel müssen klar gekennzeichnet werden". Ziel der neuen Kommissionsstrategie sei es hierbei ebenso neue innovative Technologien in der Pflanzenzüchtung zu entwickeln, um den Schädlingsbefall bei Kulturfrüchten zu verhindern.

Eine entsprechende EU-Studie solle bis 2021 dazu fertiggestellt werden und das EuGH-Urteil von 2018 zu neuen Züchtungstechnologien in der Landwirtschaft berücksichtigen.

## **Kyriakides: "Verbraucher stellen höhere Ansprüche an Lebensmittelsicherheit"**

Die Landwirtschaft sei in der EU für 10,3 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich erinnerte die EU-Gesundheitskommissarin und führte an, dass die europäischen Verbraucher nicht nur nachhaltigere Lebensmittel nachfragen, sondern auch höhere Ansprüche bei der Lebensmittelqualität stellen.

Die dramatische Reduktion von Insekten und Vögeln sei eine enorme Bedrohung nicht nur für die Natur, sondern auch für die Landwirtschaft, führte Frans Timmermans an. "Die Biodiversitäts-Strategie ist eine

Wachstumsstrategie. Daher wollen wir mit einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion in Europa weltweite Standards setzen".

## **Sinkevicius: "Konkrete Gesetzesvorschläge für die Landwirtschaft und Fischerei kommen in 2021"**

Die europäische Landwirtschaft könne durch die Umstellung auf mehr biologischen Landbau und nachhaltige Produktionsweisen einen erheblichen Beitrag dazu leisten, betonte der 1. Stellvertreter von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Der 29jährige EU-Umweltkommissar Sinkevicius kündigte an, dass die Kommission im Jahre 2021 entsprechende Gesetzesvorschläge für die Landwirtschaft und die Meeresfischerei vorlegen werde.

"Wir wollen die europäische Landwirtschaft dazu bringen, mit grünen Allianzen eine globale nachhaltige Produktion aufzubauen und 50 % weniger Pestizide bis 2030 in der EU einzusetzen", sagte Sinkevicius.

-----

STIMMEN

*von Alfons Deter*

## **Klöckner fordert mehr Geld für Umsetzung**





*Julia Klöckner: "Die ausreichende Verfügbarkeit unserer Grundnahrungsmittel und die Ernährungssicherung in der EU und global müssen stets im Vordergrund stehen. Und das wird immer Umwelteinflüsse haben." (Bildquelle: BMEL)*

„Die Vorschläge sind sehr ambitioniert. Aber ambitionierte Ziele können unsere Landwirte nur erreichen, wenn sie auch finanziell unterlegt werden. Und deshalb hätte ich mir heute ein genauso klares Bekenntnis zu einem gut ausgestatteten Agrarbudget gewünscht.“ So lautet die erste Reaktion von Bundesagrarministerin Klöckner.

Wichtig sei ihr jetzt, dass theoretische Anforderungen in Einklang gebracht werden mit der Praxis und dem Arbeitsalltag auf den Höfen. Denn die Kernaufgabe der Landwirtschaft sei es, Nahrungsmittel zu produzieren.

Klöckner betont auch, dass die Last gleichmäßig verteilt werden müsse. Die Verantwortung für das Erreichen der Ziele dürfe nicht allein bei einer Branche abgeladen werden. „Die Farm-to-Fork-Strategie ist eine Diskussionsgrundlage und greift Maßnahmen auf, die wir in Deutschland bereits auf den Weg gebracht haben – wie etwa ein Tierwohlkennzeichen und die erweiterte Nährwertkennzeichnung.“

Gesprächsbedarf im Kreis der EU-Agrarminister sehe die CDU-Politikerin dazu, wie weitere Maßnahmen der Strategien umgesetzt werden. Auch werde man darüber sprechen müssen, wie Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie verschränkt werden können mit den ebenfalls ambitionierten Zielen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. „Denn es mangelt der EU nicht an neuen Strategien. Sie müssen aber auch zusammenpassen. Wichtig ist zudem, Innovationen in der Landwirtschaft zu befördern, damit die Landwirte wirksame Instrumente an die Hand bekommen, Aufgaben zu erfüllen“, so Klöckner.

## DBV spricht von Generalangriff auf die europäische Landwirtschaft



*Joachim Rukwied ist in Sorge (Bildquelle: Grüne Woche)*

Äußerst kritisch sieht DBV-Präsident Joachim Rukwied die Pläne. "Wir wollen den Weg hin zu einer umweltfreundlichen Landwirtschaft weitergehen und weiterentwickeln. Aber dieser Vorschlag ist der falsche Weg. Er ist ein Generalangriff auf die gesamte europäische Landwirtschaft."

In den vorgelegten Strategiepapieren seien dringend notwendige Anpassungen, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, nicht berücksichtigt worden. „Die Ernährungs- und Versorgungssicherheit der Menschen in Europa mit heimischen Nahrungsmitteln muss in den Mittelpunkt dieser Strategie gerückt werden.“ Um eine produktive, wettbewerbsfähige und ressourcenschonende Landwirtschaft zu erreichen, müsse statt auf neue Auflagen verstärkt auf Kooperation gesetzt werden.

Nur in Kooperation mit dem Sektor und unter Beteiligung der Verbraucher seien die ambitionierten Ziele des Green Deals erreichbar. Allgemeine politische Reduktionsziele für Pflanzenschutzmittel und andere

Betriebsmittel seien dabei kontraproduktiv und verlassen die Grundlage der guten fachlichen Praxis. „Die Bauern dürfen mit den Kosten für mehr Umwelt- und Klimaschutz nicht allein gelassen werden. Die Konsequenz wäre eine zunehmende Abwanderung der europäischen Lebensmittelproduktion in Drittstaaten und vor allem die Aufgabe einer großen Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben in der Europäischen Union“, so Bauernpräsident Rukwied.

Erste DBV-Reaktion in 16 Punkten

## UFOP vermisst wirtschaftlich nachhaltige Perspektive



*UFOP (Bildquelle: Logo)*

„Perspektiven und Schlußfolgerungen sehen anders aus“. Mit diesen Worten fasst die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP) ihre Kritik an der „Farm-to-Fork-Strategie“ zusammen. Strategien hätten Ziele im Blick, die gemeinsam erreicht werden sollen. Davon sei die EU-Kommission mit diesem Papier weit entfernt, so die Union. Im Gegenteil: die Landwirtschaft werde mehr oder weniger direkt für Fehlentwicklungen in der Ernährung bis hin zur Nutzung des technischen Fortschritts im Ackerbau angeprangert.

Die UFOP erinnert daran, dass sich der europäische Ackerbau – vor allem der Anbau von Ölsaaten – mit der Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) von 1992 von jetzt auf gleich im globalen Preiswettbewerb wiedergefunden habe. Dann sei es wirtschaftlich doch nur konsequent, den

Rohstoff wertschöpfend weiter zu veredeln sowie neue Absatzmärkte innerhalb und außerhalb des Binnenmarktes zu schaffen, betont die UFOP.

Die UFOP begrüßt, dass die EU-Kommission durch mehr Transparenz und Regionalität eine engere Verbraucherbindung schaffen will. Gleichzeitig ist dieses Konzept an Auflagen geknüpft, welche die wirtschaftliche Perspektive in Frage stellen. Die UFOP zeigt sich zudem enttäuscht, dass die Möglichkeiten der energetischen Nutzung von Biomasse in den Betrieben nicht anerkannt bzw. als Option weiterentwickelt werden soll.

## **Grain Club: Pauschale PSM- und Düngereduktion nicht sinnvoll**



*Grain Club (Bildquelle: Logo)*

Grundsätzlich einverstanden ist dagegen die Verbändeallianz der Agrar- und Ernährungswirtschaft, Grain Club. Die Strategie enthalte richtige Impulse für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050. Hierbei werde ein besonderes Augenmerk auf innovative, effiziente und nachhaltige Produktionsmethoden gelegt.

Der Grain Club betont allerdings, dass eine pauschale Reduktion von Pflanzenschutz- und Düngemitteln weder fachlich sinnvoll noch der Ernährungssicherheit zuträglich ist. Eine Reduzierung der Risiken müsse auf Basis von wissenschaftlichen Bewertungen erfolgen und dürfe nicht zu Lasten der Qualität der Erzeugnisse gehen. "Gerade die neuen Züchtungstechniken können hier einen Beitrag zur Nachhaltigkeit entlang der Lebensmittelversorgungskette durch effizienteren Einsatz von



Betriebsmitteln leisten. Sie können unsere Pflanzen robuster gegen die Auswirkungen des Klimawandels machen und die hiesigen Ernten besser schützen“, so Thorsten Tiedemann, Grain Club-Vorsitzender.

## **CDU: Landwirte brauchen Planbarkeit und stabile Einkommen**



*Albert Stegemann (Bildquelle: CDU)*

Als wichtigen Baustein für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und regional verwurzelte Landwirtschaft in Europa wertet der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann, die Farm-to-Fork-Strategie. Auch er meint aber, dass der Fokus der ‚Gemeinsamen Agrarpolitik neben Klima- und Umweltschutz weiterhin auf der Ernährungssicherung liegen müsse. Um dies auch in Krisensituationen zu gewährleisten, bräuchten die Landwirte Planbarkeit und stabile Einkommen.

„Die neue EU-Strategie muss die GAP intelligent mit dem ‚Green Deal‘ verzahnen und die Rolle der Landwirte in der Lieferkette vom Acker bis zum Teller stärken. Wichtig dabei ist, dass das EU-Agrarbudget weiterhin in

gleich gutem Umfang finanziell ausgestattet sein muss. Zusätzliche Anforderungen müssen über zusätzliche Mittel finanziert werden“, sagte er.

## Grüne: Strategie nennt keine konkreten Maßnahmen



*Steffi Lemke (Bildquelle: Grüne)*

Steffi Lemke, Sprecherin für Naturschutzpolitik der Grünen, ist noch skeptisch, ob die EU-Biodiversitätsstrategie ein wirksames Instrument zum Schutz der Natur ist. Sie enthalte zwar wichtige Ziele, oftmals fehlten aber konkrete Maßnahmen zu einer stringenten Umsetzung.

„Wir begrüßen das Ziel, 30 % der Land- und Meeresfläche unter Schutz und 10 % unter strengen Schutz zu stellen. Dies ist auch für die anstehenden internationalen Verhandlungen eine gute Grundlage. Die angestrebte Reduzierung bei chemisch-synthetischen Pestiziden bis 2030 um die Hälfte kann der Biodiversität nur gut tun. Die Ziele zur Wiederherstellung gestörter Ökosysteme müssen sich noch in konkreten Richtlinien niederschlagen“, so Lemke.

Unklar bleibe, ob die Kommission tatsächlich die Agrargelder anders ausgeben will. Hier fehle dem Vorschlag die nötige Verbindlichkeit, denn nur

mit einer veränderten Agrarpolitik könnten die Ziele zur Rettung und Wiederherstellung gesunder Natur erreicht werden.

## Ostendorff: Regierung muss das jetzt auch umsetzen



*Friedrich Ostendorff (Bildquelle: Bundestag/Stella von Saldern)*

Grünen-Agrarsprecher Friedrich Ostendorff fordert unterdessen, dass die Bundesregierung die formulierten Ziele jetzt auch umsetzt. Der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung müsse deutlich reduziert werden. Und die Stärkung des Tierwohls durch eine artgerechte Haltung, z. B. auf der Weide oder im Stroh, kann seiner Meinung nach wesentlich dazu beitragen, weniger Arzneimittel einzusetzen. "Wir brauchen deshalb eine europäische verbindliche Tierwohlkennzeichnung. Die Bundesregierung muss zu ihrem Wort stehen und die verbindliche Tierwohlkennzeichnung auf europäischer Ebene auch umsetzen."

Die Belastung von Wasser und Umwelt durch Nährstoffeinträge muss laut Ostendorff ebenso gesenkt werden. "Die Verringerung des Nährstoffüberschusses ist dafür eine wesentliche Maßnahme. Es ist gut, das auf europäischer Ebene einheitlich zu lösen. Wir müssen auch die

flächengebundene Tierhaltung, die Weidehaltung von Wiederkäuern und die kraftfutterreduzierte Fütterung von Rindern stärken, um die Produktion von klimaschädlichen Gasen auf ein Minimum zu reduzieren", so der Politiker.

Schließlich fordert er eine Stärkung des Ökolandbaus.

## **VLOG: Gentechnik endlich verbieten**



*Die Strategie geht auf eine mögliche Rolle „neuer innovativer Techniken“ wie Biotechnologie zur Stärkung der Nachhaltigkeit und Reduktion von Pestiziden ein und erwähnt eine laufende Studie der Kommission, die das Potenzial „neuer genomischer Techniken“ zur Verbesserung der Nachhaltigkeit bei der Lebensmittelversorgung untersuchen soll. (Bildquelle: Logo)*

Alexander Hissting, Geschäftsführer des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG), ist es wichtig zu betonen, dass Europa keine Gentechnik brauche, weder alte noch ‚neue genomische Techniken‘.

„Wenn die Kommission es ernst meint mit der heute betonten Transparenz und Verbraucherinformation, muss sie vor allem dafür sorgen, dass Kennzeichnung auch für neue Gentechnik sichergestellt bleibt. Gentechnik als angebliche Lösung für Klimakrise, mehr Nachhaltigkeit und weniger Pestizide ist ein altes, aber haltloses Heilsversprechen derjenigen, die gentechnisch veränderten Pflanzen verkaufen wollen“, so Hissting.

Und Heike Moldenhauer, EU Policy Advisor des VLOG, ergänzt: „Die Agrarchemie-Lobby hat ganze Arbeit geleistet, wenn die EU-Kommission hier als einzige konkrete Technik Biotechnologie nennt und obendrein der Auftrag der EU-Gentechnik-Studie so umdeutet, dass sie angeblich das Potenzial neuer Gentechnik für mehr Nachhaltigkeit oder gar Pestizidreduktion untersuchen soll. Tatsächlich geht es bei dieser Studie darum, wie das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2018 umgesetzt werden kann, das festgestellt hat, dass auch neue Gentechnik ist und denselben Regeln unterliegt.“

Statt etwaige Potenziale auszuloten, muss die Kommission ihrer Ansicht nach Nachweisverfahren für Produkte neuer gentechnischer Verfahren entwickeln lassen.

## **Tiergesundheitsverbände unterstützen Transformation des EU-Lebensmittelsystems**

Der europäische Verband der Tiergesundheitsindustrie, AnimalhealthEurope und der deutsche Bundesverband für Tiergesundheit (BfT) unterstützen das Bestreben der Europäischen Kommission, ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem zu schaffen, dessen Transformation auf innovativen und die Ziele ermöglichenden Technologien fußt, ohne die biologische Vielfalt und die Umwelt zu vernachlässigen. Innovative digitale Instrumente und Krankheitsvorbeuge für gesunde Tierbestände können dazu

beitragen, diesen Übergang zu beschleunigen. Landwirte und Tierärzte sollten dazu durch Zugang zu allen verfügbaren Instrumenten unterstützt werden, um die Gesundheit zu schützen, den Tierschutz zu gewährleisten und schnell auf Krankheitsausbrüche zu reagieren. Damit könnte ein wirksamer Weg zu einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion beschritten werden, bei dem die Lebensmittelversorgung und -sicherheit für die EU-Bürger weiterhin im Mittelpunkt steht.